

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 114 (1988)
Heft: 36

Artikel: Arnold Koller auf dem Weg zum Super-Bundesrat
Autor: Hofer, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-617067>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Tessiner Testfall zeigt: Abschaffungen im Militärbereich sind nicht möglich.
Im Gegenteil: Versuche, etwas zu verkleinern, haben meist dessen Vergrösserung zur Folge.

Arnold Koller auf dem Weg zum Super-Bundesrat

VON BRUNO HOFER

Als der Kanonendonner des Ersten Weltkriegs verhallt war, gefiel es der Eidgenossenschaft, für ihre kranken und genesenden Wehrmänner im sonnigen Tessiner Flecken Novaggio im Malcantone ein Hotel zu erwerben. 1922 wurde darin eine Heilstätte für die Schweizer Armee eingerichtet. Dem Wiedereingliederungsgedanken in die arbeitende Bevölkerung Rechnung tragend, kam zu diesem Militärspital ein Bauernhof hinzu, der – wie der Bundesrat selber schreibt – die Aufgabe hatte, der «Arbeits-therapie» zu dienen.

Diese vorerst insbesondere Tuberkulosepatienten beherbergende Heilstätte hielt sich auch dann noch über Wasser, als in den fünfziger Jahren die andern bundeseigenen Tb-Spitäler in Arosa, Bad Ragaz, Davos und Montana erfreulicherweise infolge gesunkener Nachfrage geschlossen werden konnten. Doch auch eine Zweckänderung des Spitals in Richtung wirbelsäulegeschädigter Soldaten und ein Ausbaukredit von 8 Millionen Franken 1965 sowie 2,5 Millionen für Sanierungsarbeiten 1976 vermochten nicht zu verhindern, dass immer weniger Patienten sich bereit fanden, im sonnigen Süden ihre lädierten Gebeine zu kurieren. Dramatisch rasselte zwischen 1970 und 1980 die Belegungsdichte von 70 auf rund 40 Prozent hinunter. Auch eine in der Not erfolgte Öffnung zugunsten erkrankter Zivilpersonen des Malcantone brachte nicht die erhoffte Wende, sondern nur neue Kosten. Die Sache drückte allmählich auf das Portemonnaie des eidgenössischen Finanzministers.

Versuchte Abschaffung

Worauf sich Finanzgremien des Parlaments ernsthaft mit dem Spital zu befassen begannen. Die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte stellte Mitte der 80er Jahre in mehreren Berichten wiederholt die Forderung auf, der Bund solle das jährlich vier Steuermillionen verschlingende halbleere Spital, das ohnehin nur 18 Prozent aller Militärpatienten beherberge, angesichts des landesweiten Überangebots an Spitalbetten

mangels Bedarf schliessen oder mindestens in die Obhut der Kantone übergeben.

Doch so recht glaubte das Gremium wohl auch nicht an den Erfolg seiner Aktion: «Während bei privatwirtschaftlich geführten Betrieben Strukturanpassungen an veränderte Rahmenbedingungen vom Markt erzwungen werden, ist beim Bund ein solcher Prozess erfahrungsgemäss auch dann nur mühsam durchzusetzen, wenn die beschränkten finanziellen Mittel dies zwingend erfordern», bemerkte die Kommission in einem Bericht aus dem Jahr 1986.

Ein Ausbau

Und tatsächlich: Der Bundesrat sah nicht nur davon ab, das Militärspital abzuschaffen, er will es noch ausbauen: Am 29. Juni 1988 erblickte eine Botschaft das Licht des Parlamentsgebäudes, worin der Bundesrat nicht weniger als 6,84 Millionen Franken verlangt – für ein «Bauvorhaben im Militärspital Novaggio». Zu erstellen seien ein Therapiebad, ein Therapieplatz, ein therapeutischer Trainingsraum, ein rollstuhlgängiger Lift, neue Parkplätze, Umgebungsarbeiten seien nötig und die Sanierung der Klimaanlage. Zwar ist von militärischer Nutzung jetzt noch weniger die Rede als je, wenn davon abgesehen wird, dass Militärinstruktoressen dort für «Check-ups» eingewiesen werden, doch sollen eine Spezialklinik für Leiden des Bewegungsapparates, für die Zivilbevölkerung im Malcantone und eine Ausbildungsstätte für die FMH entstehen. Das EMD zahlt dieses mehrheitlich zivile Spital, obwohl das Gesundheitswesen Sache der Kantone ist!

Ein physikalisches Gesetz

Diese Bundesratsvorlage hat erneut das Reaktionsschema offengelegt, das automatisch abläuft, wenn an Bundesstellen Abbauwünsche herangetragen werden. Es handelt sich offenbar um eine Art physikalisches Gesetz, das in Bürokratien stets gilt. Es gibt dafür viele Beispiele.

- Im Jahr 1985 versuchte der Aargauer Ständerat Hans Letsch, die Aufhebung des Bundesamtes für Konjunkturfragen durchzusetzen. Er scheiterte mit grossem Mehr bereits in der Kleinen Kammer.
- Als im Rahmen der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und den Kantonen der Bundesrat vorschlug, das Amt für Wohnungswesen aufzulösen und die Aufgabe den Kantonen abzutreten, da widersprach das Parlament, und das Amt steht noch heute.
- Und selbstverständlich kam auch jener Antrag des Zürcher Poch-Nationalrats Andreas Herczog nicht durch, der verlangte, die Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) aufzulösen.

Diese immer im selben Schema ablaufende Entwicklung lässt erkennen, dass auch die Armee-Abschaffung keine leichte Aufgabe sein wird, weil es sich hier ebenfalls um eine Bundesinstanz handelt. Dementsprechend dürfte sich nach Einreichung weiterer Initiativen zur Abschaffung der Armee folgende Situation abzeichnen: Als Gegenmassnahme wird sich die EMD-Bürokratie über alle sechs anderen Departemente ausdehnen und Bundesrat Arnold Koller damit zum Vorsteher eines Schlüsseldepartements aufrücken.

Dies und das

Dies gelesen (als Titel in Schweizer Zeitungen, notabene):
«Der Bundesrat will mehr für den Frieden tun».
Und das gedacht: Genau wie die Russen?

Kobold